

## **Antrag**

TOP:

Vorlagen-Nummer: VII/2023/05508
Datum: 05.04.2023

Bezug-Nummer.

PSP-Element/ Sachkonto:

Verfasser: Melanie Ranft

Plandatum:

| Beratungsfolge       | Termin     | Status                     |  |
|----------------------|------------|----------------------------|--|
| Stadtrat             | 26.04.2023 | öffentlich<br>Entscheidung |  |
| Jugendhilfeausschuss | 08.06.2023 | öffentlich<br>Vorberatung  |  |
| Stadtrat             | 28.06.2023 | öffentlich<br>Entscheidung |  |

Betreff: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Personalsituation im Bereich Jugendgerichtshilfe

## **Beschlussvorschlag:**

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie hoch der personelle Mehrbedarf im Bereich Jugendgerichtshilfe ist. Dieser ist in konkreten Stellenanteilen und Funktionsbezeichnungen auszuweisen.
- Die Mitglieder des Stadtrates werden spätestens in der Sitzung des Stadtrates im August 2023 über die Ergebnisse informiert. Nicht besetzte, bereits vorhandene Stellenanteile im Stellenplan 2023, sind unter Angabe des Stichtages in die Darstellung mit einzubeziehen.

gez. Melanie Ranft Fraktionsvorsitzende

## Begründung:

Die Jugendgerichtshilfe berät, begleitet und betreut Jugendliche im Alter von 14 bis unter 21 Jahren in Jugendstrafverfahren. Sie steht auch für deren Eltern und Freunde als Anlaufstelle zur Verfügung und unterstützt in Fragen von Schule und Ausbildung, Wohnungssuche oder Schuldenregulierung. Ziel der Arbeit ist es, möglicherweise entstehenden kriminellen Karrieren von Jugendlichen und Heranwachsenden entgegenzuwirken bzw. Rückfallquoten zu verringern, um so Jugendkriminalität insgesamt zu reduzieren.

Der Stellenplan im Haushalt der Stadt Halle, Bereich Jugendgerichtshilfe, umfasst im Jahr 2023:

- acht Vollzeitstellen S 12, von denen am 30.06.2022 6,608 besetzt waren; eine der acht Vollzeitstellen wurde allerdings erst ab 2023 neu geschaffen,
- eine Vollzeitstelle Teamleiter\*in Jugendgerichtshilfe S 15, die zum Zeitpunkt 30.06.2022 besetzt war sowie
- eine seit 2023 geschaffene Vollzeitstelle Teamassistenz Jugendgerichtshilfe E 5, deren Status besetzt/unbesetzt nicht bekannt ist.

In der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfe- und Bildungsausschusses am 16.02.2023 wurden seitens der Staatsanwaltschaft sowie der Jugendgerichtshilfe ein zusätzlicher personeller Bedarf für den Bereich Jugendgerichtshilfe angegeben. Dabei wurde allerdings nicht darauf eingegangen, ob und wenn ja, wie viele im Stellenplan 2023 bereits vorhandene Stellenanteile zum Zeitpunkt der gemeinsamen Ausschusssitzung nicht besetzt waren.